

Ratsbegehren gebilligt

Stadtrat ist sich über Fragestellung aber noch uneins

Unterschleißheim ■ Der Streit um das geplante Thermalbad am Hollerner See treibt immer neue Blüten. Nun fordert ein Bündnis aus Freier Bürgerschaft, Grünen, ÖDP und FDP, das von der SPD schon früher beantragte Ratsbegehren mit einer neuen Fragestellung zu versehen. Diese soll der Formulierung der Bürgerinitiative folgen, die ihrerseits ein Bürgerbegehren anstrebt und dafür bei der gleichen Sitzung schon mal 1300 Unterschriften übergeben hat.

Der Antrag des Bündnisses liegt jetzt im Rathaus zur Prüfung, bevor der Stadtrat bei einer der nächsten Sitzungen darüber entscheiden wird. Dafür ist am Donnerstag der SPD-Antrag für ein Ratsbegehren mehrheitlich angenommen worden. Damit steht jetzt vorbehaltlich einer inhaltlichen und rechtlichen Prüfung durch die Verwaltung fest, dass die Unterschleißheimer Bürger im nächsten Jahr über das Thermalbad abstimmen werden.

Christoph Böck, Fraktionssprecher der SPD, war zufrieden damit, dass der SPD-Antrag für ein Ratsbegehren zum Thermalbad angenommen wurde: „Wir freuen uns, dass die SPD bei der Bürgerbeteiligung Vorreiter sein konnte“. Dass die Formulierung der Frage so „neutral“ ausgefallen sei, liege daran, „dass sich alle im

Stadtrat vertretenen Parteien darin wiederfinden sollten“. Gleichzeitig betonte Böck aber auch, dass die SPD weiter für das Thermalbad sei und auch dafür werben werde.

Martin Reichart von der Freien Bürgerschaft sagte an die Adresse von Böck: „Sie sind uns zuvor gekommen mit dem Ratsbegehren. Nur die Fragestellung hat Fragen ausgelöst und wir finden sie auch nicht neutral.“ Deshalb habe sich die Freie Bürgerschaft zusammen mit anderen Fraktionen und Gruppen dazu entschlossen, den Antrag auf Umformulierung der Frage analog zum Text der Bürgerinitiative zu stellen. „Dann könnte nämlich nur ein Begehren stattfinden statt derer zwei“, so Reichart.

Im Groben schließt die Frage des Bürgerbegehrens sämtliche Aktivitäten der Stadt Unterschleißheim aus, mit denen sie dem Thermalbad den Weg ebnen könnte. Auch die Lieferung von Thermalwasser oder positive Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren würden damit verhindert. Birgit Huber vermisste in der SPD-Fragestellung die kritische Haltung vieler Bürger: „Die SPD-Formulierung zielt eher darauf ab, die kritischen Positionen zu untergraben“. Bürgermeister Wolf Zeitler wunderte sich daraufhin, „mit welchen Interpretationen unsere Demokratie leben muss“. av